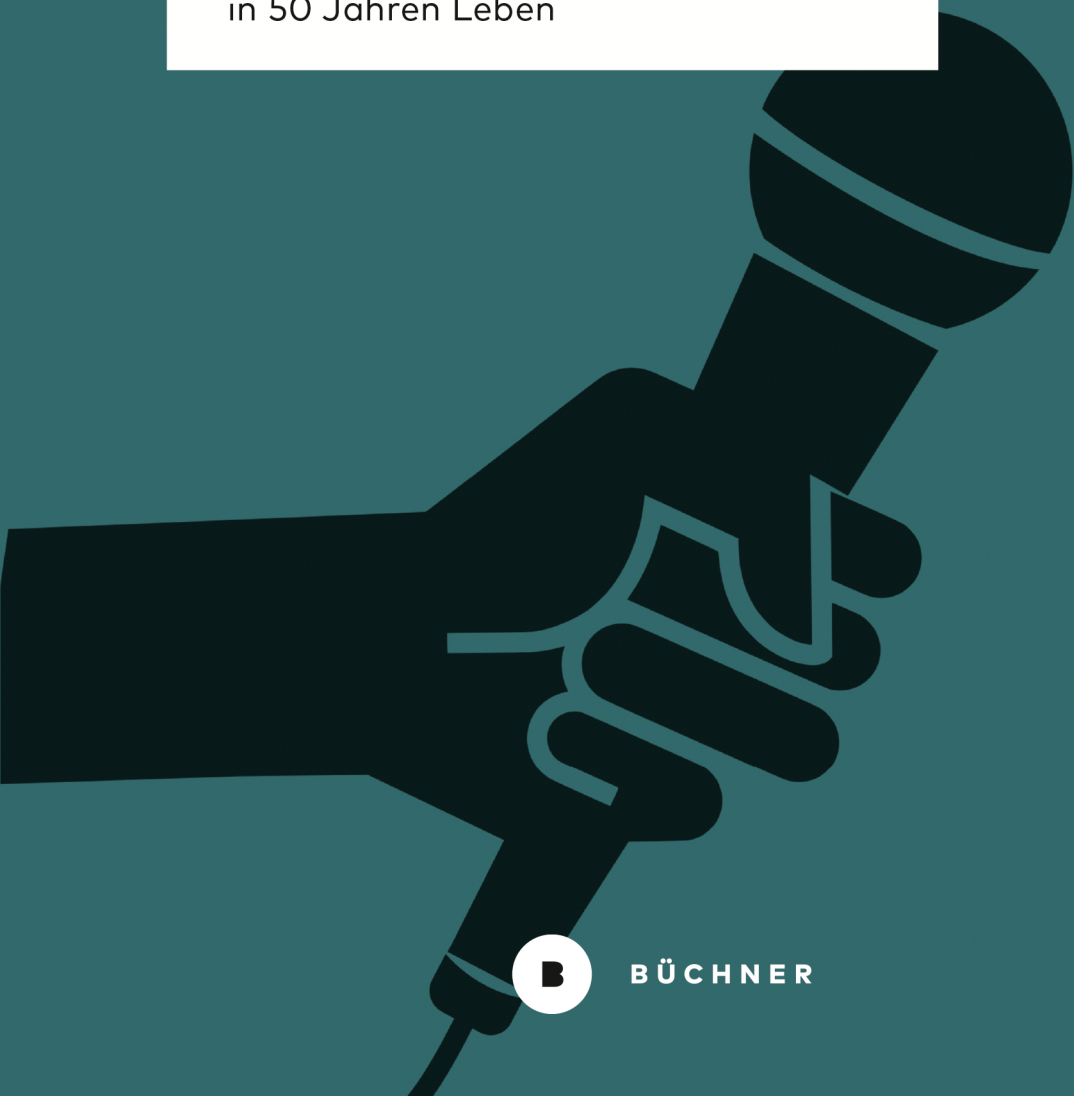


ULRICH PÄTZOLD

FREI ZU DENKEN UND ZU SCHREIBEN

Journalistik und Journalismus
in 50 Jahren Leben



BÜCHNER

FREI ZU DENKEN UND ZU SCHREIBEN

ULRICH PÄTZOLD

FREI ZU DENKEN UND ZU SCHREIBEN

Journalistik und Journalismus in 50 Jahren Leben



BÜCHNER-VERLAG
Wissenschaft und Kultur

Ulrich Pätzold

Frei zu denken und zu schreiben

Journalistik und Journalismus in 50 Jahren Leben

ISBN (Print) 978-3-96317-319-6

ISBN (ePDF) 978-3-96317-869-6

Copyright © 2022 Büchner-Verlag eG, Marburg

Satz und Umschlaggestaltung: DeinSatz Marburg | rn

Bildnachweis Umschlag: pixabay.com © mohamed_hassan

Das Werk, einschließlich all seiner Teile, ist urheberrechtlich durch den Verlag geschützt. Jede Verwertung ist ohne die Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

www.buechner-verlag.de

Inhalt

Die Auswahl – Einleitung	7
1. Meine Jahre im Institut für Publizistik der FU Berlin	11
Hessischer Rundfunk 1972	
<i>Sartre und Camus – Erinnerungen an einen Streit vor zwanzig Jahren</i>	12
Institutscolloquium 1973	
<i>Rundfunkjournalismus mit Klaus von Bismarck (WDR)</i>	23
Ausbildungskongress des Deutschen Journalistenverbands (DJV) und der Deutschen Journalistenunion (dju) in Bonn 1976	34
Erster Kongress Europäischer Schriftstellerorganisationen in Berlin (West) 1977	
<i>Tendenzen im Verlagswesen, im Rundfunk- und AV-Bereich</i>	41
2. Dortmund 1978–1988	55
Volkshochschule Dortmund, Dezember 1978	
<i>Hoffen auf neue Wege in der Journalistenausbildung</i>	58
Radio Bremen (Werkstattgespräch), März 1980	
<i>Die Nahwelt in der Fernsicht – Zur Paradoxie eines Mediums</i>	64
Journalistik 4/1981 – Leitartikel	
<i>Was wir wollen, können, sollen</i>	71
Institut für Publizistik der FU Berlin 1981, Symposium »Massenmedien und Grundgesetz – Fritz Eberhard zum 85. Geburtstag«	
<i>Zugang zur Massenkommunikation</i>	73
WDR Fernsehen, Juni 1982 – Kommentar	
<i>Kabelpilotprojekt in Dortmund</i>	79
IHK-Dortmund – Dortmunder Uni-Tage 1982	
<i>Kultur – Bildung – Wissenschaft: Image und Wirklichkeit in Dortmund</i>	82
Westfälische Rundschau 09/1984	
<i>Neue Medien – die andere Seite</i>	89
Robert Bosch Stiftung 07/1985	
<i>Interferon – ein wissenschaftsjournalistisches Experiment der Universität Dortmund</i>	91
Media Perspektiven 09/1986	
<i>Wer bewegt die Medien an der Ruhr? Die leise Effizienz der WAZ-Politik</i>	102
Vortrag im Rat der Stadt Dortmund 04/1987	
<i>Schaut auf diese Stadt – Dortmund ein Mediatop</i>	117
Evang. Akademie Iserlohn 12/1988	
<i>Mit aufrechtem Gang – Kirche im neuen Zeitalter der Kommunikation</i>	128

Journalist 12/1989	
<i>Von der Pressekonzentration zum Medienverbund</i>	136
3. Dortmund 1990–2008	143
Journalistenzentrum Haus Busch 1960–1990	
<i>Programmphilosophie des Instituts</i>	145
Bensberger Gespräche (18.09.1990)	
<i>Die Verantwortung des Journalisten in der demokratischen Gesellschaft</i>	156
Medienforum NRW, Köln 02/1991	
<i>Mehr Klasse, weniger Masse – Programmqualität im Lokalfunk NRW</i>	175
Zur Gründung Türkische Gemeinde (Hamburg 14.05.1995)	
<i>Journalisten und ihre Verantwortung – Was bedeutet das Wort fremd in der Sprache?</i>	179
Universität Dortmund: Studium generale (17.05.1995)	
<i>Freizeit – Medienzeit</i>	191
Festschrift Hans Bohrmann, Münster 2000	
<i>Von der Lese- zur Wissensgesellschaft: Ein Markt für kulturelle Kompetenzen</i>	205
Dortmund, Hansaplatz (23.10.2000)	
<i>Großkundgebung gegen rechts – Rede</i>	214
Journal djv NRW, Oktober 2001 (Essay)	
<i>Vier Wochen danach: Fürchterliches Erschrecken – Sternstunde des Journalismus</i>	216
Vortrag: Freunde der Universität Dortmund (13.10.2003)	
<i>Der Einfluss der Medien auf Politik und Gesellschaft</i>	223
Pressefreiheit im kurdischen Nordirak	
<i>Das Bild der Kurden in deutschen Medien</i>	238
4. Zurück in Berlin – ein neuer Schwerpunkt (ab 2008)	253
TU Dortmund (05.12.2008) – Abschiedsvorlesung zur Emeritierung	
<i>Journalistik – eine Instanz des Journalismus</i>	255
Düsseldorf (12.03.2010) Braunweiler Kreis: Geschichte in den Medien – Medien in der Geschichte	
<i>Der WDR als Identitätsstifter im Bindestrichland Nordrhein-Westfalen</i>	271
TU Dortmund, Journalistik (19.02.2013)	
<i>Vieles verändert sich – aber wie?</i>	289
Vortrag in der Evangelischen Akademie Loccum (22.11.2013)	
<i>Schulaufgaben gemacht? Von der Selbstverpflichtung zur Umsetzung von Diversität in den Medien</i>	296
Bundeskanzleramt (28.11.2013) – Mentorentreffen	
»Neue Deutsche Medienmacher«	
<i>Rückblick in die Zukunft – Das große Potenzial</i>	311
Mitteilungen des Vereins für Geschichte Berlins 1/2021	
Das historische Zeitungsviertel in Berlin – Wir gehören nicht nur uns selbst	315
Sonnenfinsternis – Im Hinterhof der Politik (Denk)Anstöße	329
Anhang	339

Die Auswahl – Einleitung

Mein beruflicher Arbeitsplatz lag in der Universität, von 1972 bis 1978 zunächst in Berlin, dann bis 2008 als ordentlicher Professor der Journalistik in Dortmund. Nach meiner Dortmunder Zeit bin ich wieder nach Berlin zurückgezogen. Dort konnte ich an meine Mitarbeit im Expertenkreis anknüpfen, der im Bundeskanzleramt den Nationalen Integrationsplan für die Bundesrepublik Deutschland vorbereitet hatte. Ich war als Mitglied des Deutschen Journalistenverbands (DJV) aktiv in der außeruniversitären Bildungsarbeit für Journalistinnen und Journalisten. Ich gehöre zu den Gründungsmitgliedern der Neuen Deutschen Medienmacher (ndm) und habe in Berlin Bildungsprogramme eigens für Journalistinnen und Journalisten mit Migrationsgeschichten auf den Weg gebracht und begleitet. Die drei Abschnitte der Aufsatzsammlung folgen diesen drei Stationen meines beruflichen Lebens.

Meine Arbeitsfelder waren die Lehre und die Forschung. Meine Lehraufgaben wurden ergänzt, weil ich von 1989 bis 2003 als Direktor das Deutsche Institut für Publizistische Bildungsarbeit, das Journalisten-Zentrum Haus Busch in Hagen geleitet hatte. Meine Forschungsarbeit ergänzte ich, weil ich 1984 mit Horst Röper das FORMATT-Institut in Dortmund gegründet hatte. Im Umfeld meiner Lehre und Forschung sind im Laufe der Zeit zahlreiche Veröffentlichungen entstanden (siehe Anhang). Sie sind gleichsam Bausteine im sichtbaren, nicht immer übersichtlichen Mosaik unserer Wissenschaft geworden.

Als Wissenschaftler habe ich mich stets eng verbunden gefühlt mit dem Journalismus, mit den Politiker:innen, die den Rahmen für eine sich rasant entwickelnde Veränderung der Medienwelt im Auge behalten mussten, mit den vielfältigen kulturellen Stimmen aus der Gesellschaft, die Verbindungen zwischen der Dynamik unserer zeitgeschichtlichen Verhältnisse und den Bedeutungen der Medien für sie suchten. Zu meiner beruflichen Praxis gehör-

te es, Verbindungen zu diesen außerhalb der Hochschule aktiven Kräften zu halten und mit eigenen Beiträgen zu stärken. Deshalb war ich viel unterwegs, hielt zahlreiche Vorträge und beteiligte mich an den gesellschaftlichen Dialogen mit Aufsätzen und Beiträgen in Zeitschriften, in Zeitungen, im Radio und im Fernsehen – mit Publikationsformaten, die primär nicht zu den Wissenschaften gehören.

Mehr als in meinen wissenschaftlichen Arbeiten spiegeln diese mit ihren Imperativen an ein bestimmtes Publikum adressierten Veröffentlichungen mehr Zeitgeist, als es die im engeren Sinne wissenschaftlichen Studien auszudrücken vermögen. Ihren Wert über den Tag hinaus erhalten solche Veröffentlichungen, wenn man sie gleichsam auf einer Zeitachse betrachtet, auf der sich das gesellschaftliche Leben mit dem beruflichen Leben verbindet. Natürlich beanspruche ich nicht, aus meiner individuellen Perspektive heraus mit dieser Verbindung bereits Zeitgeschichte dokumentieren zu können. Doch Zeitgeschichte entsteht in den kommunikativen Prozessen, in denen Erinnerungen und Erfahrungen an die Verstrickungen der jeweiligen Gegenwart anknüpfen. Das öffnet den Blick auf größere Zusammenhänge, aus denen Zeitgeschichte konstruiert werden kann.

Aus dem recht umfangreichen Archiv meiner Aufsätze und Vorlagen für Vorträge habe ich nur wenige ausgesucht. Dabei habe ich mich von dem Versuch leiten lassen, die Breite der Themen zu berücksichtigen, die in den Zeitabschnitten meiner beruflichen Tätigkeiten in der öffentlichen Diskussion standen und die den Wandel der Anschauungen in der Zeit dokumentieren, wie ich mit den Fragen umgegangen bin, die ich mir gestellt oder die ich aus den Diskussionen aufgegriffen hatte. In der Abfolge der einzelnen Arbeiten wird sehr deutlich, dass wir als Wissenschaftler nicht die eine Wahrheit, nicht einmal die eine einzige Methode beanspruchen können, die unsere Feststellungen und Interpretationen suggerieren, wenn wir sie in den Formen der wissenschaftlichen Darstellung kleiden. Das ist ein ermutigendes Ergebnis und verbindet den wissenschaftlichen Werdegang mit den menschlichen Erfahrungen im Laufe eines Lebens.

Die Vorlagen für diese Sammlung habe ich in behutsamer Weise redigiert. Ich habe orthografische und grammatische Nachlässigkeiten ausgebügelt und im einen oder anderen Fall Abschnitte gestrichen, die nur für den jeweiligen

Zeitpunkt Bedeutung hatten, als sie geschrieben wurden, die Leserinnen und Leser heute aber nicht mehr beschäftigen müssen.

Um Nachsicht bitte ich dafür, dass ich die alten Schreibweisen beibehalten habe, die keine generische Vielfalt signalisieren. Die * und : oder besondere Auszeichnungen wie »...Innen« für die Berücksichtigung der Frauen unter uns waren früher in meiner beruflichen Zeit noch nicht üblich. Die folgenden Texte sind Dokumente der Zeitgeschichte. Gendern war früher ungebräuchlich. Allerdings behaupte ich, dass mir die Diversifizierung unseres Alltags und auch unserer wissenschaftlichen Einrichtungen stets und von Anfang an ein großes Anliegen gewesen ist. Gefühlt war der größere Anteil meiner Teams weiblich, habe ich meine Studentinnen besser bewertet als meine Studenten und habe ich nachweislich mehr Referenzen und Gutachten für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses für Frauen verfasst als für Männer. Mein letzter Schwerpunkt beruflicher Tätigkeiten nach der Emeritierung in Dortmund lag, nun wieder in Berlin, in der Förderung von journalistischen Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund in den deutschen Medien. Für sie habe ich erfolgreich Aus- und Fortbildungsprogramme realisiert. Das wäre ohne hervorragende Frauen gar nicht vorstellbar gewesen.

1. Meine Jahre im Institut für Publizistik der FU Berlin

Im Wintersemester 1964/65 begann ich das Publizistikstudium an der FU Berlin, das ich 1969 mit dem Magister und 1974 mit der Dissertation abgeschlossen habe. »Doktorvater« und Betreuer waren Harry Pross und Theo Pirker. Zwischen 1969 und 1972 habe ich hauptberuflich als Journalist beim RIAS Berlin und in der Weltwoche (Zürich) gearbeitet. Danach wurde ich Wissenschaftlicher Assistent bei Harry Pross und ab 1975 bis 1978 Assistenzprofessor im Berliner Publizistikinstitut.

Mein Studium und meine frühen beruflichen Tätigkeiten waren stark durch die Studentenbewegung und die durch sie ausgelösten heftigen Diskussionen über die Ziele und Aufgaben der Publizistikwissenschaft geprägt. Wir hatten Karl Marx im Gepäck, allerdings vor allem seine frühen Schriften, aus denen sich die Gedankengebäude eines humanen Sozialismus so trefflich bauen ließen. Ich war vor allem daran interessiert, den Medienjournalismus als Gegenstandsbereich unserer Wissenschaft zu definieren. Die Verfassung der Medien, ihre Organisationsmerkmale und ihre Verankerung in den gesellschaftlichen Strukturen analysierten wir in mehr oder weniger enger Anlehnung an dialektische Methoden als Rahmenbedingungen für das journalistische Handeln. Als Ergebnisse des journalistischen Handelns qualifizierten wir die Medieninhalte als »produktionsbedingte Produkte«. Auf diese Weise verknüpften wir Theorie und Praxis in zwei politischen Handlungsbereichen, in denen wir mit unserer Berliner Publizistikwissenschaft Wirkungen erzielen wollten: die strukturelle Mitbestimmung (Stichworte damals: Redakteursstatute und Mediengewerkschaft) und die journalistische Ausbildung (Stichworte damals: das Berliner Modell und die Integration von Theorie und Praxis). Wir engagierten uns in offenen Diskursen und in zahlreichen Organisationen,

um unsere Universität zu verändern. »Vor einen Karren« habe ich mich nie spannen lassen.

Für die frühen Berliner Jahre habe ich drei Dokumente ausgesucht, mit denen Schwerpunkte meines »publizistischen Ethos« bereits deutlich gesetzt werden: Auf der Ebene des Denkens die gesellschaftliche Funktion der Intelligenz. Auf der Ebene der Ausbildung das publizistische Potenzial des Journalismus. Auf der Ebene der Organisation die Kraft und Dynamik der Kultur.

Hessischer Rundfunk 1972

Sartre und Camus – Erinnerungen an einen Streit vor zwanzig Jahren

1952 hatten sich Camus mit Sartre überworfen. Der Kalte Krieg kochte vor allem in Indochina hoch. In der Sowjetunion füllte Stalin im Namen der Kommunistischen Partei immer noch die Gulags mit Intellektuellen und Häretikern seiner Diktatur. Gerade hatte er das Dogma über die Sprachwissenschaft verkündet. Camus widerte das nach seinem Rückzug aus der französischen KP nur noch an und er warf Sartre, seinem großen früheren Förderer, vor, die Radikalität des Denkens nicht in gleichem Maße gegen den bolschewistischen Bürokratismus zu lenken wie gegen die reaktionäre Politik des kapitalistischen Imperialismus in Indochina. Darauf antwortete Sartre in der Zeitschrift »Les Temps Modernes« im August 1952. »Les Temps Modernes« wurde von Sartre herausgegeben und war das Diskussionsforum der linken Intellektuellen aus verschiedenen sozialistischen und kommunistischen Gruppen.

In der Antwort von Sartre tauchen Argumentationsmuster auf, wie sie beim Auseinanderfallen der Linken in sich unerbittlich bekämpfende Fraktionen charakteristisch sind. Insofern werfen sie ein aktuelles Licht auf die Zustände unserer Zeit in unserem Land, in dem sich die ehemalige Außerparlamentarische Opposition und mit ihr die Studentenbewegung in ihre einzelnen K-Teile zu zerlegen anschickt. Auch heute lässt dieser politische Machtkampf viele Intellektuelle als ratlose Verlierer zurück, die sich nicht entscheiden wollen, ob sie Kläger, Angeklagte oder gar Richter der Geschichte sein können.

Sartre, ein nicht bedingungsloser Verehrer des Sowjetkommunismus, sieht sich durch Camus dem Vorwurf ausgesetzt, dass die Mitarbeiter seiner Zeitschrift dem Sowjetstaat, seiner Bürokratie und seinem Generalissimus die Absolution erteilen. Das sei Verrat am Existenzialismus des kritischen Denkens. Sartre schlägt zurück und beschuldigt Camus, in den Denkformen des prinzipiellen Antikommunismus abgesunken zu sein. Camus finde sich in dunkler Ideologie wieder, in einer vollständig unbrauchbaren. Denn hinter dieser Ideologie stehe nicht einmal eine wirtschaftlich erfolgreiche Klasse, sondern nur die Wankelmütigkeit des sich allein genügenden Intellektuellen, den zwar ein tiefes Gefühl für Unrecht durchdringe, dieses Gefühl aber nur als Abscheu dosiert in die Öffentlichkeit tragen könne, ohne die eigenen gesellschaftlichen Grundlagen für das Leiden an der Welt radikal in Frage stellen zu können. Die Verketzerung der Sowjetunion sei dafür das öffentlich wirksamste Ventil. Sartre schreibt an Camus: »Sie schreiben, mein Mitarbeiter möchte, dass man gegen alles revoltiert, außer gegen die kommunistische Partei und den kommunistischen Staat. Aber ich fürchte meinerseits, Sie revoltieren leichter gegen den kommunistischen Staat als gegen sich selbst.«

Solche Sätze kann man hin und her wenden und in ihnen ein Pingpongspiel sehen, in dem zwei einst befreundete Menschen mit einem Patt trennen. Doch man muss die Auseinandersetzung anders betrachten. Hier handelt es sich nicht um den Austausch von unterschiedlichen Meinungen aus gleicher Distanz zu den Entwicklungen in der Weltgeschichte, über Kommentare zum Gulag, mit denen der Stalinismus und damit der Fortgang der sowjetischen Revolution in den Brennpunkt genommen wird. Das Wort wird vielmehr selbst zur Waffe erklärt. Das Wort wird nicht nur für die Bildung einer Meinung gewichtet, sondern als Ausdruck für den Mensch, für das soziale Wesen gebraucht, der es ins Feld führt.

Sartre schreibt an Camus: »Sie sprechen – angeblich – im Namen jenes Elends, das tausend Anwälte, aber keinen einzigen Bruder hervorbringt.« In diesem Fall strecken wir allerdings die Waffen: wenn es stimmt, dass das Elend zu Ihnen gekommen ist und gesagt hat: »Geh hin und sprich in meinem Namen«, bleibt uns nichts anderes übrig, als zu schweigen und auf seine Stimme zu hören. Nur muss ich gestehen, dass mir Ihr Gedankengang ein wenig un-

klar ist: sind Sie es, der im Namen des Elends spricht, sein Anwalt, sein Bruder oder sein Anwalt-Bruder? Und wenn Sie der Bruder des Elends sind, wie sind Sie es denn geworden? Da Sie es nicht von Geburt sein können, müssen Sie es wohl aus eigener Wahl geworden sein. Aber nein: Sie suchen sich ja ihre Elende aus, und ich glaube nicht, dass Sie der Bruder der arbeitslosen Kommunisten in Bologna oder des elenden Tagelöhners sind, der in Indochina gegen Bao Dai und die Kolonialherrschaft kämpft.«

Der Streit wirft die Frage auf, aus welcher Position heraus der Intellektuelle öffentlich das Wort ergreifen darf, wie sich öffentliche Meinungen bilden, welche intellektuellen Anforderungen für Pluralität und Parteilichkeit gelten. Camus hatte Sartre aufgefordert, wenn er schon nicht gegen die Konzentrationslager in der Sowjetunion schreiben wolle, weil diese die notwendige Konsequenz der Ideologie von der bürokratischen Revolution der Partei seien, dann solle er doch die Konzentrationslager verteidigen. An Sartre schrieb er: »Ich fände es normal... wenn Sie das Vorhandensein der Konzentrationslager rechtfertigen.« Es geht also nicht nur um die Frage, was geschieht im Gulag. Dahinter steht die noch wichtigere Frage, was Geschichte für die Besetzung einer Position in der öffentlichen Meinung bedeutet.

Sartre wehrt sich gegen die Herausforderung einer rigorosen Identifikation in Sachen des stalinistischen Gulags. Für ihn ist das Elend der sowjetischen Konzentrationslager primär eine politische Projektion der Presseberichterstattung. Er wendet die Herausforderung von Camus existenzialistisch, indem er nach einer Begründung fragt, auf welche Frage der Vorwurf von Camus eine Antwort ist und schreibt: »Ja, Camus, ich finde diese Lager wie Sie untragbar, aber ebenso untragbar die Art, wie die »sogenannte bürgerliche Presse« sie jeden Tag ausschlachtet. Ich sage nicht: der Nadagasse vor den Turkmenen; ich sage nur, dass es nicht angeht, die den Turkmenen zugefügten Leiden zur Rechtfertigung derjenigen heranzuziehen, die wir dem Nadagassen antun. Ich habe gesehen, wie sich die Antikommunisten hämisch über diese Strafkolonien freuten, wie sie sie ausnutzten, um ihr eigenes Gewissen reinzuwaschen... Was jedoch – trotz mangelnder näherer Beziehungen zu den Turkmenen Entrüstung und vielleicht sogar Verzweiflung hätte hervorrufen müssen, war doch wohl der Gedanke, dass eine sozialistische Regierung mit Hilfe eines Heeres von Funktionären Menschen systematisch versklaven kann. Das aber, Camus,

kann einen Antikommunisten nicht erschüttern, denn er traute der UdSSR ja schon vorher alles zu. Die einzige Empfindung, die diese Nachricht in ihm hervorrief, war – ich sträube mich fast, es auszusprechen – Freude. Freude, weil er darin endlich einen Beweis für seine Sache sah und weil man jetzt gespannt sein konnte, wie's weiterging. ... Was mir untragbar erscheint, ist, dass Sie sich heute wie eines Arguments auf einer öffentlichen Versammlung bedienen, und dass nun auch Sie die Turkmenen und Kurden ausbeuten, um einen missfälligen Kritiker desto sicherer den Garaus zu machen. Und weiterhin bedaure ich, dass Sie mit Hilfe dieses Keulen-Arguments einen Quietismus rechtfertigen, der es ablehnt, einen Unterschied zwischen Herren zu machen.«

Moral, Recht, politische Herrschaft: Die Verbindung dieser Grundlagen in der Geschichte lassen aus der Sicht Sartres wenig Spielräume für kritische Intellektuelle. Sartre verkleinert die wache Öffentlichkeit zum Bodensatz der bürgerlichen Gesellschaft und fordert vom Intellektuellen, zunächst die Notwendigkeit geschichtlicher Entwicklungen anzuerkennen, für sie das notwendige Verstehen zu finden, bevor er sich in den öffentlichen Streit begibt. Das Prinzip des Menschenrechts, das Prinzip einer universalen Moral ist für ihn ideologieverdächtig angesichts der Sicherung eines politischen Herrschaftsversprechens, das die Gesellschaft in eine notwendige Umkehrung zur größeren Gerechtigkeit führt. Sartre relativiert das kritische Denken auf ein Versprechen, dem zu vertrauen notwendiger ist als der Rückzug auf die Position, Ungerechtigkeit gegenüber einzelnen Menschen oder Gruppen nicht ertragen zu können. Das Versprechen, das Sartre selbst in dem stalinistischen Bürokratismus lebendig sieht, ist in der Sprache Sartres die Überwindung der individuell verlierenden Freiheit in einer gesellschaftlichen Freiheit des fortschreitenden Sozialismus.

Sartres Philosophie der Freiheit ist grundsätzlich nicht logisch mit dem sowjetischem Machtsystem verbunden. Aber die Auseinandersetzung mit Camus zwingt ihn, einem Bruch mit dem Stalinismus entgegenzutreten und anderen Herrschaftsformen des Sozialismus gedankliche Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen. Der real existierende Sozialismus ist für Sartre die Geschichte gewordene Grundlage, in der die Freiheit der Menschen neu gedacht, existentiell verwirklicht werden kann. Der Rückfall Camus in das bürgerliche

Lager, so die Haltung von Sartres, ist der Rückfall in den Antikommunismus, aus dem Freiheit Menschen nicht erreichen kann, die der Herrschaft des Kapitals ausgeliefert bleiben. In der Auseinandersetzung mit Camus wird eine Doppelbödigkeit des Existenzialismus deutlich, die Camus offensichtlich klarer durchschaut hatte als Sartre. Umso heftiger drängt Sartre seinen ehemaligen Freund Camus in die Position der faktischen Vereinsamung, wenn er ihm vorwirft, sein Denken losgelöst von der tatsächlichen historischen Situation gestellt zu haben. Doppelbödig schreibt er ihm: »Von einem Einsperren meiner Zeitgenossen, kann, wie Sie sehen, nicht die Rede sein: sie sind schon eingesperrt; es handelt sich im Gegenteil darum, gemeinsam mit ihnen die Stäbe unseres Käfigs zu zerbrechen.« Freiheit wird eine hierarchische Denkfigur für die Zukunftshoffnung. »Gemeinsam mit ihnen« ist das Erlösungsversprechen für diejenigen, die in wirklicher Unterdrückung oder in geistiger Verarmung leben. Der große Sartre will auch den gefallenen Camus erlösen.

Er unterstreicht diese gedankliche Position noch einmal, wenn er schreibt: »Um das Recht zu erringen, Einfluss auf die Kämpfenden unter uns auszuüben, muss man zuerst selbst an ihrem Kampf teilgenommen haben: man muss zuerst vieles hinnehmen, wenn man etwas ändern will... Wer aber in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen nur den unsinnigen Zweikampf zweier gleichermaßen verdammungswürdigen Ungeheuer sieht, der hat uns, meine ich, bereits verlassen: er steht im Winkel und schmolzt: weit entfernt, mir als Schiedsrichter einer Epoche vorzukommen, der absichtlich den Rücken gekehrt hat, erscheint er mit im Gegenteil von ihr bestimmt und eigensinnig an der Weigerung festhaltend, zu der ihn ein durch und durch historisch bedingtes Vorurteil veranlasst.«

Mit diesem Edikt gegen die sich unabhängig bildende öffentliche Meinung hat Sartre gegen Camus einen Kampf eröffnet, mit dem er Freund und Feind im Namen der Geschichte zu subjektive Elemente degradiert, die nur als Mikroben ihre primäre Kommunikation den Tatenbereich ihres Alltags gelten lassen. Ihnen setzt er die Unumstößlichkeit des Handelns als Geschichte entgegen, ohne dass diese Geschichte menschenwürdiger geworden wäre. Eine solche überhöhende Anmaßung verdammt die Kritik als Vernunft des einzelnen Menschen und lässt Öffentlichkeit als Szene für die zeitweise notwendigen Ungerechtigkeiten der revolutionären Bürokratie zurück. Sartres Sätze

klingen wie eine Anklage eines Revisionisten und Dogmatikers, unterscheidet sich aber von diesen, weil er nicht die Wahrheiten einer Politik und Ökonomie verbindenden Parteilinie als Staatsdoktrin verkündet. Vielmehr setzt er einen Horizont von Geschichte voraus, der die Vorwürfe von Camus als Gefangener seiner selbst im Bemühen um Gerechtigkeit zurücklässt.

Dabei hatte Sartre Camus lange Zeit Recht gegeben, soweit Camus den Kampf um Gerechtigkeit und Freiheit als Kampf gegen die ewige Ungerechtigkeit und Unfreiheit führte. Die Pflege der eigenen Seele, die Einkapselung in die Idee, das Streben nach Vereinigung mit dem Absoluten, die Reduzierung des Menschen auf das Wohlgefallen Gottes, das alles versuchten Camus wie auch Sartre aus den Köpfen zu treiben. Sie verwarfen es als philosophischen Schabernack der Vergangenheit. Was aber Ungerechtigkeit sei, in welchen Gestalten sie denkenden Menschen zum Problem wird, trennte die beiden. Für Camus bleibt die Spannung unauflösbar zwischen dem Menschen, der Sinn und Veränderung fordert, und dem unendlich schweigsamen Gott als einziger Konstante im Wandel der Geschichte.

Sartre meint, dieses Zweifeln an der Sinnhaftigkeit, mit der sich Geschichte bewegt, sei der Grund, warum Camus das gemeinsame Haus nicht mehr bewohnen könne. Er schreibt über Camus: »Die Spannung, in der sich der Mensch verwirklicht – und die zugleich intuitiver Daseinsgenuss ist –, ist dennoch eine zutiefst umwandelnde Kraft, die ihn aus dem Umtrieb des Alltags herausreißt und ihm endlich die Sicherheit mit sich selbst schenkt. Weiter führt der Weg nicht mehr; in dieser Augenblickstragödie ist für Fortschritt kein Raum.« Man kann es kaum verstehen, wie sich ein so großer Philosoph wie Sartre zum Richter eines philosophierenden Dichters und Journalisten erheben kann, der nicht davon ablassen wollte, die Welt mit offenen Augen zu sehen und dabei nur einem Maßstab vertraute, dem seiner freien Persönlichkeit. Man hat für die Grundhaltung von Camus das Wort Absurdität geprägt – ohne dass Sartre dem widersprochen hat. Dieses Attribut folgte der grundsätzlichen Haltung von Camus, dass das Leben mit der Geburt beginnt und mit dem Tod endet, ohne von der Vergangenheit beherrscht oder von der Zukunftserwartung vereinnahmt werden zu können. Dabei war das Leben von Camus voller politischen Engagements und bis an die Schmerzgrenze voller politischer, auch parteipolitischer Disziplin.

Auch Sartre hat oft die Kampfbrüderschaft mit Camus beschworen. Er erwähnt vor allem, wie aktiv Camus während der Résistance am politischen Kampf beteiligt war. Aber nachdem die Nazis verjagt und das Gespenst des Faschismus aus Paris vertrieben war, empfand Camus seine Lage und die allgemeinen Verhältnisse wieder so wie vorher, als sei der Status Quo wie ein Pendel ohne Sinn der Geschichte. »Unsere Lage ist nach wie vor verzweifelt«, beschrieb Camus die Zeit nach dem Krieg.

Sartre vereinnahmt auch diese Weltsicht von Camus für sein Diktat der Geschichte als Richterin über die Selbstbestimmung des Individuums. Er schreibt ihm: »Das Gleichgewicht, das Sie zustande brachten, konnte nur ein einziges Mal, einen einzigen Augenblick lang, in einem einzigen Menschen gelingen: Sie hatten das Glück gehabt, dass der gemeinsame Kampf gegen die Deutschen in Ihrer und unseren Augen zum Symbol der Vereinigung aller Menschen gegen eine unmenschliche Zwangsläufigkeit wurde. Indem die Deutschen sich auf die Seite der Ungerechtigkeit stellten, ordneten sie sich automatisch den blinden Naturgewalten zu, und Sie konnten Ihre Rolle in der Pest von Mikroben erfüllen lassen, ohne dass jemand hinter die Verschlüsselung kam. Kurz, Sie waren ein paar Jahre lang so etwas wie das Symbol und der Beweis der Solidarität der Klassen. Auch die Résistance schien dazu zu sein, und Ihre ersten Werke brachten es zum Ausdruck: »Die Menschen finden ihre Solidarität wieder, um den Kampf gegen ihr empörendes Schicksal aufzunehmen.«

Das ist eine merkwürdige Würdigung. Warum gesteht Sartre Camus nur ein einziges Mal zu, die Entscheidung zur Solidarität erkannt zu haben? Könnte Camus nicht geltend machen, dass diese Solidarität auch gerade jetzt mit den Insassen der Gulags geboten sei, dass jetzt alle Klassen der Menschen aufgerufen seien, sich gegen eine unmenschliche Zwangsläufigkeit zu stellen, die eine blinde Naturgewalt als Herrschaftssystem verursacht hat? Camus gerade in diesem Augenblick des Aufschreis zur Geschichtslosigkeit zu verdammen, ist eine Okkupation von Herrschaft über einen anderen Menschen, ist ein Dogma, eines Philosophen unwürdig.

Sartre hat sein Verdikt über Camus im Laufe der Jahre des Öfteren gemildert, nie aber zurückgenommen. Er ist bei seiner Sicht geblieben, dass ihn von Camus die unterschiedlichen Annahmen über Ursachen und Wirkungen von

Ungerechtigkeiten getrennt haben. Camus habe das ewige Ungerechte als empörendes Schicksal erlitten. Camus habe den Kampf zwischen Menschen wie den Kampf gegen die Natur gezeichnet. Doch das Empörende sei der Kampf zwischen den Menschen, weil es der einzige Kampf sei, der in seinen Ursachen und Wirkungen auf die Menschen zurückfällt, also von ihnen auch zu einem Ende geführt werden könne.

An Camus schreibt er: »Sie lehnten sich gegen den Tod auf, aber in den eisernen Gürteln, die unsere Städte umschließen, lehnten sich andere Menschen gegen die sozialen Bedingungen auf, die die Sterblichkeitsziffer in die Höhe trieben. Wenn ein Kind starb, klagten Sie die Absurdität der Welt und jenen tauben blinden Gott an, den Sie geschaffen hatten, um ihn ins Angesicht speien zu können; der Vater des Kindes jedoch klagte, wenn er ein Arbeitsloser oder ein Handlanger war, die Menschen an: er wusste genau, dass die Absurdität unseres Loses in Passay eine andere ist als in Billancourt. Und schließlich übersah er vor lauter Menschen fast die Mikroben, denn in den Elendsvierteln sterben zweimal so viele Kinder wie in den Vierteln der Reichen, und weil sie durch eine andere Einkommensverteilung zu retten wären, erscheint die Hälfte aller Todesfälle bei den Armen wie Hinrichtungen, bei denen die Mikroben lediglich die Henker sind.«

Am Ende sind es die einfachen Bilder, mit denen das ökonomische Prinzip der Politik über Fortschritt oder Rückschritt siegt. Hätte sich Camus gegen diese oberlehrerhafte Belehrung wehren sollen? Es interessiert nun nicht mehr, welche politische Logik aus dem Tatbestand entwickelt werden kann, welche unterschiedlichen Konzepte von Unfreiheit und Fortschritt in Programme zu formen sind. Was für Sartre 1952 zählte, war die Vorstellung, die Karawane nicht unnötig stören zu dürfen, die damals als einzige »sozialistische Realität« angetreten war, die sozialen Schrecken des Kapitalismus zu überwinden. Warum wollte Sartre nicht zumindest als Möglichkeit gelten lassen, dass Camus die Solidarität der Klassen gegen das Sterben von Menschen durch Untätigkeit der Menschen beschwor? Gibt es in der Vernunft des Menschen nicht auch andere Möglichkeiten, der Pest den Garaus zu gebieten? Wenn Sartre hier den Gralshüter der Geschichte als oberster Richter über die Intellektualität des Menschen einnimmt, verbiegt er sich in der Auseinandersetzung mit Camus

als Stalinist des menschlichen Geistes, der abweichende Meinungen in der Öffentlichkeit in den Gulag der Unsichtbarkeit verbannen will.

In französischer Höflichkeit teilt Sartre Camus seine Verbannung mit: »So wurde das, was eine Zeitlang exemplarische Wirklichkeit gewesen war, zum vollkommen nichtigen Festhalten an einem Ideal, umso mehr, als diese erlogene Solidarität sich bis in Ihr eigenes Herz hinein in Uneinigkeit verwandelt hatte. Die Schuld daran schoben Sie der Geschichte zu, und statt ihren Ablauf zu interpretieren, zogen Sie es vor, in ihr eine weitere Absurdität zu sehen. Im Grunde haben Sie gar nichts anderes getan, als zu Ihrer Ausgangsposition zurückzukehren.« So lautet das Urteil.

Es ist die Methode, Andersdenkende aus der Kultur derer zu stoßen, die sich um gemeinsame Probleme Gedanken machen. Parteinahme ist im Diskurs in Ordnung. Sie aber als alleinige Wahrheit für das Erreichen der Zukunft zu setzen, führt zur Erosion des Öffentlichen, zur Dekadenz des Streits um Gerechtigkeit und zur Unterordnung des Geistes unter die Diktatur einer Partei. Das war Camus zuwider, und Sartre hätte es nicht exerzieren dürfen. Stattdessen konfrontiert der Geist-besessene Sartre den Geist-suchenden Dichter Camus mit den Mikroben als Henker, um seinen Geschichtsbegriff von einem erheblichen Anteil des Geistes zu befreien. Geschichte, so will Sartre behaupten, ist das entschiedene Eingreifen der lebenden Subjekte in ihr Schicksal. Da sie das allein nicht können, sind sie auf die politischen Protagonisten angewiesen, die ihre Situation wissenschaftlich analysieren, um daraus die Programme der Veränderung zu schmieden. Aus dem Proletariat wird die Klasse des Proletariats, aus der die Partei geschmiedet wird und die die Wahrheit verwaltet.

Marx wird Camus an die Seite gestellt, scheinbar, um ihn als Individuum zu widerlegen oder ad acta zu legen. Denn Camus war nicht der Verbündete der Ausbeuter und der herzlos Herrschenden. Er glaubte aber, den Gang der Geschichte so zu verstehen, dass es in ihr keine demiurgischen Prozesse der Besserung von Menschen gebe. Sartre zitiert Marx, wenn er Camus unterrichtet: »Die Geschichte an sich vollbringt nichts... Der Mensch, der wirkliche, lebendige Mensch ist es, der alles vollbringt; die Geschichte ist nur die Tätigkeit des Menschen, der seine eigenen Ziele verfolgt.« Wie hätte Camus dem widersprechen wollen? Auch er sucht Auswege aus der Passivität, ewig leiden zu müssen, lässt sich in seinen Schriften auf die ständig von Menschen geführten

Auseinandersetzungen ein, die realen Tätigkeiten der Menschen vorzuführen und die realen Bedingungen zu erkunden, wie sie diese verändern können.

Aber die Schlussfolgerung, die Sartre zieht, kann er nicht teilen, wenn ihm vorgehalten wird: »Wer sich für die Ziele der konkreten Menschen einsetzt, ist gezwungen, sich Freunde zu wählen, denn in einer von Bürgerkrieg zerrissenen Gesellschaft ist es ebenso unmöglich, sich die Ziele aller zu eigen zu machen, wie alle zugleich zurückzuweisen. Sobald er nun aber wählt, bekommt alles einen Sinn: da weiß er auf einmal, weshalb die Gegner ihn anfeinden und warum er kämpft. Denn das Verständnis der Geschichte ergibt sich erst aus der Betätigung innerhalb der Geschichte. Hat die Geschichte einen Sinn, fragen Sie, hat sie einen Zweck? Für mich ist es eben diese Frage, die keinen Sinn hat: denn die Geschichte ist, losgelöst vom Menschen, der sie macht, nur ein abstrakter, lebloser Begriff, von dem man weder sagen kann, er habe einen Sinn, noch er habe keinen.«

Ja, sich Freunde zu suchen, um der Geschichte Sinn zu geben, das ist für Camus kein guter Rat. Mit seinem Aufbegehren gegen die sowjetischen Konzentrationslager wollte er die Freiheit einklagen, die ein Staat, ein Politbüro, eine Partei, ein Diktator im Namen der Geschichte vernichten, indem sie das Leben derer vernichten, die sich ihrer Freundschaft nicht als würdig erwiesen. Die Freunde für das Aufbegehren konnte Camus nicht organisieren, er konnte nur auf sie hoffen, indem er an die Öffentlichkeit ging und die Genossen in der französischen Partei ermahnte, sich zu überlegen, wessen Freunde sie sein wollten. Camus legte den Finger in die Wunde einer Partei, die für sich die einzige Wahrheit beansprucht, die Geschichte zu kennen und aus diesem Wissen die einzig richtigen Schlüsse für ihr Handeln zu ziehen. Sartre hatte seine Entscheidung getroffen, wer zu den Freunden der Geschichte gehören sollte. Die daraus resultierende Intoleranz traf Camus mit voller Wucht, sollte aber vor allem auch die Intelligenz insgesamt als Klasse des organisierten Bewusstseins treffen.

Seinen Brief an Camus beendet Sartre mit einem Hauch Wehmut angesichts der eingeschränkten Wirkungskraft des menschlichen Geistes. Denn letztlich kann er nur hoffen, dass seine Entschiedenheit denjenigen zugutekommt, die am ärgsten unter den Menschen zu leiden haben. Die geistige Aristokratie ist ja nicht Teil des Proletariats, soweit es sich um Besitz und Tä-

tigkeiten handelt. Was hätte ihm Camus noch antworten können, wenn ihm Sartre nach der Exkommunikation als Schlussgebet auf den Weg gibt: »Für den Menschen gilt nun einmal dieser Widerspruch: er begibt sich in die Geschichte, um Ewiges zu erreichen, und entdeckt universal gültige Werte in konkreten, auf ein Endziel hin unternommenes Tun. Wenn Sie sagen, diese Welt sei ungerecht, haben Sie schon verloren: dann stehen Sie schon draußen und vergleichen eine Welt ohne Gerechtigkeit mit einer Gerechtigkeit ohne Inhalt. In jeder Bemühung hingegen, Ihr Unternehmen zu fördern, Aufgaben unter Ihren Kameraden zu verteilen, sich der Disziplin zu unterwerfen oder sie durchzusetzen, werden Sie die Gerechtigkeit entdecken. Marx hat nie gesagt, die Geschichte habe ein Ziel – wie hätte er das auch gekonnt? Das käme auch der Behauptung gleich, der Mensch werde eines Tages keine Pläne mehr haben. Er sprach lediglich von einem Ziel, das mitten in der Geschichte selbst erreicht und dann wie alle Ziele überholt sein wird. Es geht nicht darum zu wissen, ob die Geschichte einen Sinn hat und ob wir geruhen, an ihr teilzunehmen, sondern wichtig ist allein, dass wir von dem Augenblick an, wo wir bis über beide Ohren in ihr stecken, versuchen, ihr den Sinn zu geben, der uns der beste erscheint, und unsere Mithilfe, so schwach sie auch sei, keiner der auf sie angewiesenen Bemühungen versagen.«

Das ist eine perfekte Anleitung für die Intellektuellen, sich auf den Weg der Herrschenden zu machen. Diese Auseinandersetzung geschah vor 20 Jahren. Es ist zu erwarten, dass sich aus dem Dampfkessel der Außerparlamentarischen Opposition (APO) bald eine Vielzahl zielorientierter und Sinn schenkender Organisationen auf den politischen Weg der Geschichte machen werden. Freiheiten werden dabei unter die Räder ebenso kommen, wie die Gerechtigkeit nicht wirksam in einen höheren Zustand der befriedeten Gesellschaft wachsen wird. Sartre wird den neuen Sozialisten und Kommunisten nicht helfen können, wenngleich es an Unterstützung der Intelligenz als Freunde nicht fehlen wird. Aber Camus ist inzwischen gestorben, und es wäre eine Katastrophe für den geistigen Zustand dieser Zeit, es würden nicht die Stimmen in die Öffentlichkeit drängen, die genau hinsehen und hinhören, was im Namen des Fortschritts der Geschichte alles gedacht und getan wird. Camus wird fehlen.

Institutsscolloquium 1973

Rundfunkjournalismus mit Klaus von Bismarck (WDR) Der Intendant legt vor – ich antworte (Auszug)

Klaus von Bismarck hat einige Tatbestände beschrieben, die nicht nur die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten als Ganzes charakterisieren, sondern auch die Arbeit der in ihnen tätigen Journalisten. Für den Rundfunk erhöhe sich der Druck von außen durch die Dynamik politischer Kräfte als Folge einer »Polarisierung der Gesellschaft«. Wenn diese Polarisierung Thema der unabhängigen journalistischen Berichterstattung sein muss, dann dürfe sie nicht durch partikuläre Ansprüche aus dem politischen Feld in ihrer Dynamik beeinflusst werden. Deshalb sei es notwendig, dass sich der Rundfunk als eigenständige Organisation selber positionieren müsse, was am ehesten gelinge, wenn er seiner Tradition als Korporation der »bürgerlich-liberalen Mitte« treu bleibe. Aus dieser Tradition könne er am besten glaubhaft seine »öffentliche Aufgabe« erfüllen, die Zusammenhänge zwischen aktuellen Ereignissen, ihren Hintergründen und den nach sich ziehenden Meinungsäußerungen in möglichst breiter und in journalistisch möglichst vielfältiger Weise öffentlich zu verbreiten und zu erörtern. Der Intendant plädiert für eine kontinuierliche Reflexion innerhalb und außerhalb der Rundfunkanstalten, welche kommunikative Bedeutung Hörfunk und Fernsehen für das Publikum, die Öffentlichkeit und die Gesellschaft haben, welche Vermittlungsformen, welche Programmstrukturen und Formate solche kommunikativen Funktionen fördern oder einengen.

Mit diesem Ansatz begründet der Intendant, warum er den Dialog auch mit der Wissenschaft sucht. Für die publizistische Praxis und die publizistische Wissenschaft muss es etwas Gemeinsames geben, wenn sich zwischen ihnen Beziehungen entwickeln sollen. Dafür müssen zumindest die jeweiligen Arbeitsbereiche deutlich benannt werden, wenn die unterschiedlichen Voraussetzungen der Tätigkeiten in der Praxis und in Wissenschaften auf beiden Seiten Lernprozesse auslösen sollen. So verstehen wir das Angebot des Intendanten, wenn er sein Referat überschreibt: »Gedanken zum Selbstverständnis des Rundfunk-Journalisten in einer polarisierten Gesellschaft«.

Zu erwarten ist, dass normative Merkmale wie die verfassungsrechtliche Gewichtung des Selbstverständnisses Rundfunk nicht immer deckungsgleich mit den empirischen Merkmalen der Programme und ihrer Rezeption sind, dass Gedanken aus der Praxis zu anderen Schlussfolgerungen führen als Gedanken aus der Wissenschaft. Das Selbstverständnis dürfte indessen selbst innerhalb der Praxis Rundfunk ebenfalls von Journalist zu Journalist differieren, wie auch in der Wissenschaft, in der über den Rundfunk nur schwer ein durchgehend gleiches Selbstverständnis zu finden sein dürfte. Empirisch ist anzunehmen – und zu überprüfen, dass Gedanken und Selbstverständnis wesentlich durch die eigenen Tätigkeiten, durch die eigene Arbeitsposition und durch die Methoden geprägt werden, die zu Feststellungen und ihrer Reflexion führen. Das gilt sowohl für die Mitarbeiter im Rundfunk wie auch für die Mitarbeiter in der Wissenschaft und ihren Instituten. Wenn darüber hinaus gilt, dass die Dialoge zwischen der Rundfunkpraxis und der Rundfunkwissenschaft im Umfeld der polarisierten Gesellschaft entstehen, dann ist die Gefahr groß, dass Unterschiede in den Gedanken sich zu Unvereinbarkeiten im Gespräch auswachsen können. Dem wollen wir vorbeugen, indem wir unsere Gedanken so nachvollziehbar wie möglich entwickeln und die Übereinstimmungen so deutlich wie möglich in den Vordergrund rücken, welche Entwicklungen vorangetrieben werden sollten, die Vielfalt der Interessen im Rundfunk so gerecht wie möglich auszubalancieren und für starke Formate zu sorgen, in denen die Vorteile, Aufgaben und Funktionen der Praxis und der Wissenschaft zusammengeführt werden. Ein solches Format ist dieses Colloquium.

Unterschiede stehen vor den Versuchen der Integration. Aus Unterschieden entstehen Haltungen in gegensätzlichen Positionen. Sie auf gleicher Augenhöhe zuzulassen, ermöglicht den Dialog als Medium für Erkenntnis. Ein Blick von außen auf den Rundfunk zeigt, wie viele gesellschaftliche Gruppen in der Lage sind, aufgrund eigener Interessen eigene Erwartungen an die Rundfunkprogramme zu stellen. Nun stellt aber die Bühne der gesellschaftlich relevanten Kräfte im Rundfunkrat eine institutionelle Vielfalt der eigenen Art dar. Die Landesparlamente als Gesetzgeber haben dafür gesorgt, dass die Mehrheit im Rundfunkrat die gleiche bleibt, wie sie auch für die Regierung im Land gilt. Zwar gibt es in den Aufsichtsräten der verschiedenen Landesrundfunkanstalten durchaus Modifikationen des krassen Modells für die Aufsichtsräte

des NDR und des WDR, aber überall gilt der Grundsatz, dass die politische Machtverteilung in den Landesparlamenten der in den Aufsichtsgremien entsprechen soll. Im Wesentlichen wählen die Räte die Entscheidungsträger, also die wichtigen handelnden Personen in der Rundfunkhierarchie; sie haben in den Landesparlamenten über die Höhe der Rundfunkgebühren zu bestimmen und nehmen starken Einfluss auf die Verteilung der Finanzen im Rundfunkbetrieb. Sie greifen in der Regel zwar nicht in die konkrete Programmarbeit ein, haben aber mit ihrem »Mahnamt« als Wächter für die Ausgewogenheit der Programme die entscheidende Interpretationshoheit über die Bewertung der wesentlichen Bestandteile der Programme. Die Reduktion »gesellschaftlich relevanter Kräfte« in den Gremien auf politische Parteien in den Landtagen wird umso problematischer, je polarisierender sich eine Gesellschaft entwickelt. In der öffentlichen Kommunikation ist nicht nur die Quantität oder die Macht einer Gruppe oder Organisation in der Gesellschaft von Bedeutung. Gesellschaftliche Relevanz muss auch erkannt werden, sie muss sich erweisen. Gute Recherchen entdecken Relevanzentwicklungen in einer Gesellschaft, die nach ihrer Zahl noch nicht gewichtet, in ihrem Dasein und in ihren Ansprüchen aber bereits aufzuspüren und zu beschreiben sind. Die Qualität des Journalismus ist nicht in der Widerspiegelung der Hierarchien von Macht zu messen. Qualität hat Journalismus in dem Maße, wie er mit Unterschieden in der Gesellschaft umgeht, nach den Wirkungsformen der Selbstbestimmung in einer zivilen Gesellschaft sucht und sich um die Ausbreitung öffentlicher Artikulationsmöglichkeiten bemüht.

Wissenschaftlich kann man den Grundkonflikt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk als die Dominanz der Politik gegenüber der Dominanz der Publizistik umschreiben: Je höher die Verantwortung im Rundfunk, desto mehr muss sich der Verantwortliche an die Parteien proportional anlehnen. Parteien sind zwar als Organisationen der Machtausübung demokratisch legitimiert und haben eine eigene Verantwortung für die politische Willensbildung. Aber die Rundfunkanstalten haben die öffentliche Kommunikation für alle Meinungen und Willensvorstellungen offen zu halten, die in der Gesellschaft entstehen und Relevanz beanspruchen. Das politische Prinzip und das Öffentlichkeitsprinzip der Publizistik werden in der institutionellen Organisation des

Rundfunks so vermengt, dass die Frage polarisieren muss: Wem gehört der Rundfunk?

Klaus von Bismarck leugnet das Politisierungsprinzip des Rundfunks nicht. Er sieht in ihm durchaus auch die Gefahr, dass die Pluralisierung in der Programmarbeit durch die Besetzung der Aufsichtsgremien gehemmt oder eingeengt werden kann. Aber er vertraut auf den öffentlichen Diskurs über dieses Prinzip und die Stärke der Argumente in der Selbstbehauptung des Rundfunks in der Öffentlichkeit. Wissenschaftlich ist Hoffnung aber kein tragbares Ergebnis der Erkenntnis. Die Institution Rundfunk lässt das Prinzip der Subalternität im Rundfunkjournalismus erkennen. Die politische Kontrolle schränkt den Anspruch auf vollständige Unabhängigkeit in der Rundfunkarbeit ein. Dieser Befund ist eine wissenschaftliche Hypothese. Sie ist eine Vorlage für empirische Studien.

Eine andere Form der Politisierung im Rundfunk, die aus der Polarisierung der Gesellschaft entsteht, prägt den individuellen Meinungsjournalismus, der sich aus Recherche, der Einordnung der recherchierten Fakten in Zusammenhänge und der Gewichtung und Bewertung solcher Zusammenhänge aufbaut. Journalisten führen nicht Meinungen an, aber sie bilden Meinungen, indem sie möglichst transparent aufzeigen, wie sie zustande kommen, auch indem sie abwägen, wie fragwürdig geäußerte Meinungen sein können. Die Presse- und Rundfunkgesetze fordern und erwarten das von Journalisten. In der Praxis entstehen aber gerade aus dieser berufsspezifischen journalistischen Arbeit immer wieder die lauten Kampagnen über einzelne Journalisten. Der Intendant versichert, dass er Journalisten nicht daran hindere, Meinungen vorzutragen oder dass er gar Kommentare verbiete, wenn sie ihm einseitig und somit parteiisch erscheinen. Aber er setzt einen Rahmen, dessen Herkunft und Bedeutung nicht weiter referiert wird. Journalisten sollen ihre Macht nicht zur »Ideologisierung« missbrauchen und sollten nicht im »Gitternetz-System einer starren Theorie« arbeiten. Der Praxistest eines solchen Wunsches ist aber nur dann zu gewichten, wenn man Journalisten, die man in dieser Weise bezichtigt, nachweisen könnte, dass sie beruflich unzureichend, die Grundlagen journalistischer Arbeit missachtend veröffentlichen.

Für die Wissenschaft entstehen in diesem Zusammenhang zwei Fragen: Sind die Grundlagen journalistischer Arbeit hinreichend geklärt, um Maß-

stäbe anzubieten, wie im Konfliktfall ein Meinungsbeitrag zu gewichten ist? Davon sind wir sicher noch weit entfernt. Aber zur zweiten Frage könnten die Antworten schon selbstbewusster gegeben werden: Welche Instanz soll überhaupt bei solchen öffentlichen Konflikten angerufen werden? Wer ist dazu berufen festzustellen, ob eine Sendung, ein Beitrag »ideologisch«, »dogmatisch« oder gar »agitatorisch« ist? Die Konstruktion der Rundfunkinstitution bietet als Instanz das Politikum des parteipolitisch eingeeengten Rundfunkrats. Die Fragen der inneren Rundfunkfreiheit haben in diesem Zusammenhang ihre Wurzeln und Berechtigung. Sie gründen im Anspruch, dass öffentliche Diskussionen Sachverhalte aufzuklären versprechen, wo administrative Entscheidungen verdecken können. Jedenfalls sind es die journalistischen »Konflikte«, die auf das Selbstverständnis der Journalisten im Rundfunk verweisen und nach der Organisation von Lösungen rufen. Da entsteht Handlungsbedarf innerhalb der Institution.

Das Institut für Publizistik hat ein großes Interesse an Analysen, die untersuchen, was den Beruf der Journalisten bestimmt und worin ihre Tätigkeiten bestehen. Aus wissenschaftlicher Sicht ist das immer noch geltende »Berufsbild des Journalisten« im Wesentlichen ungeeignet, die tatsächlichen Berufspraxis zu beschreiben. Das Verständnis, um was für einen Beruf es sich handelt, sollte aus den empirisch nachvollziehbaren Tätigkeitsmerkmalen entwickelt werden, statt auf »Geburt« und »Begabung« zu verweisen. Einige der Merkmale dieses Berufs hat der Intendant bereits in dankenswerter Klarheit benannt. Mit seiner Staffellung »Reporter, Autor und Redakteur« differenziert er nach Gruppen, die Tätigkeiten in der Rundfunkorganisation arbeitsteilig ausüben. Die Arbeitsteilung in den vielen Redaktionen mit ihren Reportern und Journalisten setzen bereits starke Barrieren für eine ausschließlich individuelle journalistische Selbstbetätigung im Rundfunk. Teilleistungen, die vom Einzelnen gefordert werden, sind an Regeln gebunden und ermöglichen Einsätze und Arbeitsabläufe, die ein hohes Maß an Wiederholbarkeit und Routinen ermöglichen und die Bereitstellung von Standardprodukten begünstigen. Man denke nur an die großen Nachrichtenredaktionen.

Geraten solche Produktionen dennoch in die Kritik oder erzeugen ihre Sendungen öffentliche Aufregung, dann wird der entstandene Konflikt meistens personalisiert. Das Verfahren ruft nach Kontrolle oder Sanktionen. Die

Arbeitsteilung im journalistischen Bereich wird zu einem »Fall« in der hierarchischen Organisation der Institution, die ähnlich funktioniert wie in einem Ministerium: Je höher der Fall gehandelt wird, desto entscheidender werden Vorstellungen, Eigenschaften und Haltungen von Vorgesetzten, ein Verfahren, das der Gleichheit erkennender und entsprechend ihren Erkenntnissen arbeitender Journalisten in einer Rundfunkorganisation nicht zuträglich ist.

Wenn es richtig ist, dass Journalismus durch Reglements und Verordnungen Schaden nehmen kann, dann ist es ebenso richtig, dass sich Journalisten im Beruf ständig Gedanken machen müssen, mit welchen Mitteln und in welchen Formen sie sich vor Einflüssen schützen, die unmittelbar ihre Arbeit einzuengen und zu dirigieren versuchen. Das gilt besonders in Zeiten, in der die Polarisierung einer Gesellschaft zunimmt. Der Intendant beschreitet zwischen dem Berufsbild Journalismus und der tatsächlichen Berufsausübung einen Mittelweg. Er konstatiert, der Journalistenberuf »ist ein Beruf wie manche andere auch, zu denen ganz bestimmte Begabungen und Fähigkeiten gehören, deren Praktiken aber erlernbar sind.« Die Ablehnung des Verdikts von Emil Dovifat, dass Journalist nur werden könne, wer dazu geboren sei, bereitet einen Boden für die nüchterne Betrachtung der tatsächlichen Berufsprobleme. Das Erlernen des Berufs impliziert nicht nur die Praktiken, sondern auch die Antizipation der Berufssituationen mit ihren Formen der Auseinandersetzung um die Selbstbestimmung in der Arbeit. Weil von Bismarck die Notwendigkeit der journalistischen Qualifizierung nicht leugnet, sind Wege zwischen der Wissenschaft und Praxis zu finden, wie auch Folgen der journalistischen Arbeitsteilung in den betrieblichen Strukturen der Medien ausreichend berücksichtigt werden können.

Außermediale Einflüsse auf die journalistische Arbeit im Rundfunk lassen sich konkreter feststellen, wenn man sich mit einzelnen Programmen, also den sichtbaren und hörbaren Produkten des Rundfunks beschäftigt. Denn in der Programmgestaltung erweist sich, wie ein so großer Programmbetrieb auf die Dynamik einer polarisierten Gesellschaft publizistisch reagiert, auch welche Konzessionen er an die politischen Rahmenbedingungen seiner institutionellen Verfassung macht. Besonders relevant sind in diesem Zusammenhang die formalen Standards in den Nachrichten- und Magazinsendungen. In ihnen sind die Arbeitsabläufe besonders klar strukturiert und führen mit ihren

Rationalisierungen der Themenpräferenzen, der Recherche und der Komposition zu seriellen Präsentationsformen in den entsprechenden Sendeformaten. In Zukunft sollen weitere Programmprofile entstehen oder gestärkt werden, so der Intendant, mit denen »Dialog«, »Diskussion« und »Gespräch« als vernehmbarere Vermittlungsleistungen des Rundfunks noch deutlicher werden.

Mehr Dialogformen im Programm verstärken demokratische Beteiligungsformen für das Rundfunkprogramm. Im besten Fall fördert ein derartiger Journalismus mehr Bürgernähe. Dieser neue Akzent in der Programmpolitik erscheint mir sehr wichtig, weil er einen neuen Impuls in den Journalismus trägt, aber auch eine Verschiebung in der normativen Betrachtung der Öffentlichkeit in die Richtung einer stärkeren Beachtung des Publikums signalisiert. Ein gutes Beispiel dafür ist die WDR-Reihe »Hallo Ü-Wagen«. Im Journalismus reicht es nicht mehr aus, Dinge wahrzunehmen und zu überschauen, was wichtig ist und wie darüber zu berichten ist. Mehr als bisher müssen sich Journalisten auch fragen, wie sich das Publikum in den Themen und Berichten wiederfindet, wie es eingeschlossen werden kann in der Art und Weise, wie über ein Thema oder ein Sachverhalt diskutiert wird. Zum Journalismus gehört dann auch die möglichst umfassende Kenntnis über sein Publikum – das durch Formate von Sendungen auf recht unterschiedliche Art und in verschiedener Zusammensetzung erreicht wird. Nach allem, was bisher erforscht worden ist, gibt es dazu aus der Medienwissenschaft bereits zahlreiche Anregungen, aber die Wissenslücken in der Rezipientenforschung sind noch erheblich.

Die Anforderungen des Objektivitätsgebots im Journalismus werden dadurch nicht einfacher zu erfüllen sein. Faktizität und Interpretation in einem Journalismus, der geprägt ist durch viele Stimmen und viele kontroverse Vorstellungswelten, erfüllt zwar mehr Pluralität durch Publikumsnähe. Aber kann Pluralität durch das Gebot der Ausgewogenheit zu einer besseren Präsentation von Öffentlichkeit führen? Öffentlichkeit in einer Demokratie ist in erheblichem Maße durch Legitimität und Repräsentanz von Macht geprägt. Gerade die Parteien, das Parlament und die Regierung dürfen unter politischen Gesichtspunkten ihre Ansprüche offensiv vertreten, im Rundfunkjournalismus gebührend gefragt und vorgestellt zu werden. Zweifellos hat das Medium Rundfunk auch andere Dimensionen der Öffentlichkeit erschlossen und gefördert. Die Entwicklung von Öffentlichkeiten für Musikstile und ihre Perfor-

mance ist ohne den Rundfunk ebenso wenig denkbar wie die großen Publika für Fernsehserien oder Unterhaltungsshows. Der »Star« in der Moderne ist in vielerlei Hinsicht ein Ergebnis der elektronischen Medien und natürlich des dem Fernsehen verwandten Films oder der Präsentationsformen in der Musik- und Veranstaltungsindustrie.

Das Medium Rundfunk ist soziologisch eine vielseitige Autorität geworden, die entscheidenden Anteil gewonnen hat, wie einzelne Personen, Gruppen, Einrichtungen und Organisationen als wichtig oder mächtig in der Gesellschaft wahrgenommen und bewertet werden. Das gilt auch in der Politik. Wer aus der Politik im Rundfunk Einfluss hat, muss ein fast schon natürliches Interesse daran haben, dass die Dominanz der politischen Repräsentanten in der Berichterstattung deutlich bleibt und erhalten wird. Der Rezipient soll erreicht werden in seiner Rolle, zuzustimmen oder ablehnen zu können, was ihm vermittelt wird. Wenn der Rundfunk seine Bühnen erweitert, auf denen Hörer und Zuschauer mitdiskutieren, politische Tatbestände und Entwicklungen durch ihre Brille sehen und vortragen können, dann verlagert sich die Rundfunkpublizistik vom (parteigebundenen) Repräsentationsmodell zu einem (publikumsgebundenen) Präsentationsmodell. Der Rundfunk trägt dann auch dazu bei, dass die kritischen Kräfte der Gesellschaft stärker werden, dass der Legitimationsdruck auf das politische Repräsentationssystem steigt, dass aus der Öffentlichkeit neue Gruppierungen entstehen. Diese Entwicklung werden Journalisten ohne Schaden aber nur fördern können, wenn es Regeln gibt, nach denen Sanktionen der Repräsentanten gegenüber den Präsentierenden möglichst ausgeschlossen, zumindest vollständig transparent bleiben.

Scheinbar tragfähig scheint hier die Vereinbarung zu sein, dass es ausreicht, auf Ausgewogenheit in den Diskursen zu vertrauen und diese Ausgewogenheit als Gesamtleistung der Rundfunkorganisation zu garantieren. Ausgewogenheit ist eine Schlüsselanforderung an den Rundfunk, die ohne wissenschaftliche Kritik Gefahr läuft, zu einem statischen Modell für die Berichterstattung zu erstarren. Wie schon gesagt orientiert sich die Politik der Ausgewogenheit am Zustand der Landesparlamente und setzt die Spannweite für Meinungen als Maßstab, wie sie durch die Parlamentsparteien repräsentiert werden. Journalistische Arbeit spielt aber weitgehend auch in Bereichen, die von den Repräsentanten der Politik noch gar nicht erfasst wurden oder für nicht relevant

gehalten werden oder mit politischen Verfahren ausgehandelt werden, die mit falschen oder verdeckten Informationen an die Öffentlichkeit vermittelt werden oder Konsequenzen für die Zukunft haben, über die nicht geredet wird.

Das sind alles interessante Einsatzgebiete für Journalisten, die keinerlei parteipolitischen Kalkulationen unterliegen. Aber sie können leicht auf erheblichen Widerstand aus der Politik stoßen, ohne dass die verbürgte Unabhängigkeit des Journalisten geschützt ist. Werden die Diskurse des Rundfunkjournalismus näher an die Bürger herangeführt, dann wird die Forderung nach Ausgewogenheit das Problem erhöhen, wie die politische Repräsentanz im Rundfunk ihren Einfluss auf die Rundfunkarbeit behalten kann. Journalisten im Rundfunk brauchen eine Rückversicherung, wenn sie sich auf den Weg einer bürgernäheren Demokratisierung ihrer Programmarbeit machen sollen. Die tragenden Begriffe für den Rundfunk müssen wissenschaftlich erneut auf die Probe gestellt werden: Seine öffentliche Aufgabe angesichts der politisch praktizierten repräsentativen Öffentlichkeit, die Publikumsnähe des Programms angesichts einer noch nicht klaren Analyse von Publikum und seinen Artikulationspotenzialen im Programm, die Gewichtung von Zielgruppen für die redaktionellen Zuschnitte der Programmangebote angesichts des gesetzlichen Rundfunkauftrags, ein Angebot für alle zu bieten. Die Notwendigkeit, solche fundamentalen Probleme zu klären, berührt nicht nur den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis. Sie berührt auch das Selbstverständnis der Journalisten im Rundfunk und ist Folge mancher Konflikte, die im Laufe der letzten Jahre in intensiven Debatten um die innere Rundfunkfreiheit aufgebrochen sind.

Der Intendant spart die Diskussion über Formen der redaktionellen Mitbestimmung im Rundfunk nicht aus. Er gliedert die Forderungen der Journalisten den allgemeinen Rechten der Personalvertretung im Betrieb des öffentlichen Rundfunks unter. Die Notwendigkeit, spezielle Mitspracherechte der Redaktionen einzuräumen, sieht er indessen nicht. Er vermag nicht nachzuvollziehen, dass sich Journalisten nicht mehr voll und ganz mit ihrer Arbeit identifizieren können, weil sie sich Kräften der Fremdbestimmung ausgesetzt fühlen, die in der Institution Rundfunk wirksam sind. Der Intendant bezieht sich auf das sogenannte Beteiligungspapier, das zurzeit auf breiter Basis im WDR als Grundlage für Redaktionsstatute debattiert wird. Klaus von Bismarck

macht vor allem auf die vermeintliche Gefahr aufmerksam, wenn von Redaktionen Mitbestimmung in den sie betreffenden Personalentscheidungen gefordert wird. Die Gefahr sieht er in einer Grundhaltung der individuellen Vorstellungen, wie sie in den Redaktionen weit verbreitet seien, die er als »links« oder »links-orientiert« einschätzt. Wären Redaktionen an Personalentscheidungen beteiligt, wären organisierte Vertreter der Redaktionen in das Meinungsmilieu ihrer Kolleginnen und Kollegen eingebunden.

In dieser Argumentation scheint die Ängstlichkeit durch, die Fundamente des Rundfunks könnten zerstört werden, auf denen die öffentliche Aufgabe der bestehenden Institution erfüllt wird. Mitbestimmungsforderungen, die das Verständnis journalistischer Selbstbestimmung in einer polarisierenden Gesellschaft formalisieren, streben Entscheidungsprozesse an, die unmittelbar die journalistische Arbeit berühren. Diese Veränderungen sind per se »links« oder »links-liberal«, allerdings nicht im ideologischen Sinne, sondern ausschließlich im betriebsformalrechtlichen Sinne einer umfassenden Demokratie. Die Chance, dass aus einer Minderheit auch einmal eine Mehrheit werden kann, fördert eine wirksame Demokratie. Nicht demokratisch ist das Vertrauen in höhere Einsicht und Übersicht einzelner Entscheidungsträger, die allein durch die hierarchische Stellung innerhalb der Institution legitimiert sind.

Niedriger dürften die Hürden zwischen Rundfunkpraxis und Wissenschaft sein, wenn die Frage gestellt wird, welchen Beitrag die Journalistenausbildung für die Sicherung der journalistischen Qualität des Rundfunks erfüllen kann. Der Intendant hat zwar seine Zweifel an den formal gefassten Ausbildungsmodellen, ist aber offen für die tabulose Diskussion über Gründe für Reformen und Erwartungen ihrer Wirkungen auf die journalistische Berufsausübung. Der wichtigste Basissatz des Intendanten lautet: »Journalismus ist lehr- und lernbar.« Das Lern- und Lehrsystem Ausbildung will er als Mann der Praxis nicht beschreiben. Aber im Umfeld des wissenschaftlichen Instituts, das sich anschickt, für die Journalistenausbildung ein Modell zu entwickeln, bekennt er: »Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird, ich weiß nur, dass es anders werden muss, wenn es besser werden soll.« »Herzlich willkommen«, kann man da dem Intendanten nur entgegenrufen.

Auf der Ebene einer Modellbildung zur Journalistenausbildung muss das Gespräch zwischen dem WDR und dem Berliner Institut weitergeführt wer-

den, denn beide Bereiche bringen Erfahrungen und Erkenntnisse zusammen, wie das aus einer separaten Perspektive der Praxis oder der Wissenschaft allein nicht möglich ist. Die Suche nach tragfähigen Synthesen kann eine wirkliche Reform der Journalistenausbildung auf den Weg bringen. Noch liegen die Vorstellungen für das Modell auseinander, was aber nicht Ausdruck unüberwindbarer Widersprüche bleiben muss, sondern eher Folge unterschiedlicher Traditionen ist, in denen Praxis und Wissenschaft zuhause sind. Gemeinsam machen sich der Intendant und das Institut auf den Weg, wenn sie feststellen: Journalisten wissen oft zu wenig über die konkreten Vermittlungsprozesse der Medien, in die sie sich einspannen oder eingespannt werden. Die Praxis erklärt sich nicht ausreichend aus sich selbst. Umgekehrt kann auch die Medienwissenschaft mit ihrer traditionellen Wirkungsforschung kein ausreichendes Umfeldwissen für die journalistische Arbeit zur Verfügung stellen. Eine noch so differenzierte Statistik kann keine Tätigkeitserfahrungen beschreiben, kann nicht die redundanten oder innovativen Wechselbeziehungen zwischen der Produktion einer Sendung und ihrer Rezeption benennen. Die Ausbildung führt Wissen und Erfahrung zusammen, welche Eigenschaften die journalistischen Kommunikationsakte haben, wie Nachrichten und öffentliche Aufmerksamkeiten zustande kommen, welche Informationswerte Journalisten schaffen. Die Ziele der journalistischen Ausbildung müssen klar sein, bevor man sie in die Form eines Lehr- und Lerncurriculums umsetzt.

Der Intendant favorisiert noch die Struktur einer zweistufigen Ausbildung. Am Anfang soll ein allgemeines wissenschaftliches Hochschulstudium stehen. Nach dessen Abschluss könnte ein neu geformter praxisnaher Ausbildungsgang folgen, der am besten in einer eigens dafür zu schaffenden Fachhochschule entwickelt wird. Das Nebeneinander von theoretischen und praktischen Teilen eines Journalismusstudiums hält er eher für ungeeignet. Das aber ist Wegweiser für das Modell des Berliner Instituts. Dort soll die Zauberformel der Integration von Theorie und Praxis die Richtung weisen. Die Verankerung in der Universität berücksichtigt alle Möglichkeiten, in einem bereits etablierten Studienfach die notwendigen Kenntnisse für ein bestimmtes Sachgebiet zu erwerben. Mit einem soliden akademischen Sachwissen der Journalisten wird nicht nur dafür gesorgt, dass die Wissenschaften, die zunehmend gesellschaftliche Entwicklungen prägen, in der öffentlichen Vermittlung anschlussfähig

bleiben. Eine gute sachwissenschaftliche Bildung bewahrt auch vor ideologischen Verengungen, aktuelle Ereignisse unter einer gefärbten Brille wahrzunehmen und über sie zu berichten. Doch sachwissenschaftliche Kompetenzen bleiben eingebunden in das Wissen aus Erfahrung, wie sich publizistische Prozesse in den Medien vollziehen. Wirtschaftliche, rechtliche, politische und soziale Bedingungen zu kennen, die zum medialen Umfeld des journalistischen Arbeitens gehören, müssen curricular ebenso zum Ausbildungsprogramm gehören, wie die Beherrschung der Sprache und der Vielzahl journalistischer Darstellungsformen.

Ein umfassendes Curriculum zu entwickeln, kann nur im Zusammenspiel von Theorie und Praxis gelingen. Dafür ist auch die Reformwilligkeit der Hochschulen gefragt. Denn die Kooperation mit den außeruniversitären Berufsbereichen ist in den Hochschulen mit Ausnahme der Medizin und der Ingenieurwissenschaften bisher eher nicht systematisch angestrebt worden. Das Institut erforscht die gesellschaftlichen Zuordnungen des Journalismus in den Medien und versteht den Journalismus als eine Kultur prägende Praxis. Für ihre Ausbildungsmöglichkeit sucht sie Formen der Zusammenarbeit mit den Medien, die sich der Zukunft als Chance stellen, reflexionsfähige und erfolgreiche Arbeitsprozesse in den Redaktionen zu etablieren durch einen Nachwuchs, der mit Beginn seines Studiums zielgerichtet in die journalistischen Medienberufe drängt.

Ausbildungskongress des Deutschen Journalistenverbands (DJV) und der Deutschen Journalistenunion (dju) in Bonn 1976

Das Ausbildungsmodell des Instituts für Publizistik der Freien Universität Berlin braucht Verbündete

In die journalistische Ausbildung kommt Bewegung. Sie entsteht in den Redaktionen mit ihren Volontariaten, die oft nicht einmal Ausbildungsziele, geschweige denn ein Curriculum für die Ausbildung kennen. Sie kommt ebenfalls von den Hochschulen, die Medien zwar in ihrem Lehrangebot verankern, bisher aber einen weiten Bogen um die Frage gemacht haben, für wen und mit

welcher Absicht ihre Studierenden das Fach studieren sollen. Beiden kommt entgegen, dass das Berufsbild für Journalisten in seiner fundamentalen Feststellung wankt, der Journalismus sei ein freier Begabungsberuf, im Wesentlichen nicht erlernbar.

Ich möchte über unseren Versuch berichten, am Institut für Publizistik der FU Berlin das Studium zu reformieren, in dem journalistische Berufsfelder und die dafür notwendigen Kompetenzen und beruflichen Fähigkeiten in den Mittelpunkt gestellt werden. Die dadurch zu gewinnende Systematik verändert das traditionelle Publizistikstudium so stark, dass wir die Reform als »Berliner Modell« kennzeichnen. Dieses Modell will ich Ihnen in der kurzen mir gegebenen Zeit vorstellen und für seine Unterstützung werben.

Bereits Ende 1973 wurde der Entwurf unseres Studienplans von der Freien Universität verabschiedet, aber wegen politischer Vorbehalte vom Berliner Senat bisher nicht genehmigt. Die Grundlagen der Reform hatten wir der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft – ich glaube, wir waren das erste Institut – bereits 1970 auf der Jahrestagung in Konstanz erläutert. Wir haben also bereits einige Erfahrungen mit der Reform, finden aber nicht die Anerkennung in der Politik, vor allem auch nicht bei den Verlegerverbänden und zu großen Teilen auch nicht bei den Journalisten und ihren Organisationen. Vordergründig wird dem Modell entgegengehalten, es sei unvereinbar mit dem klassischen journalistischen Berufsbild – das es »offiziell« gar nicht gibt. Hintergründig baut sich die Kritik an der Vermutung auf, das Berliner Institut sei politisch ideologisiert, sei sogar von der SED der DDR unterwandert, wie zum Beispiel die Notgemeinschaft für eine Freie Universität behauptet.

Richtig ist: Die Diskussionen darüber, was denn das Publizistikstudium sein soll, geht bis auf die 68er Zeit zurück. Richtig ist auch, dass im Umfeld der Interpreten der Politischen Ökonomie immer auch Positionen vertreten werden, die Lenins Lehre der Propaganda und Agitation aus dem Jahr 1905 als der Weisheit letzter Schluss für die akademische Lehre im letzten Viertel dieses Jahrhunderts halten. Aber die wissenschaftliche Journalistenausbildung mit den Curricula des Studienmodells als Eroberung des Instituts durch jene ostdeutsche Einheitspartei zu diffamieren, ist ein armes Possenstück angesichts der Breite einer langen Diskussion, die bis heute andauert.